Sozialverband Deutschland
Landesverband Berlin-Brandenburg e. V.

Pressemitteilung

SoVD-Umfrage zu Wohnkostenbelastung

30.10.2026 | frei ab sofort

Hohe Mieten belasten Menschen in Berlin und Brandenburg

Die neuste Civey-Umfrage im Auftrag des SoVD zeigt die erdrückenden Auswirkungen der rasant steigenden Mietpreise. Nach einer aktuellen Civey-Umfrage im Auftrag des Sozialverbands Deutschland halten 54 Prozent der befragten Berliner ihre derzeitige Miete im Verhältnis zu ihrer Wohnung für zu hoch. In Brandenburg sind es 47 Prozent.

Damit zeigt sich: Bezahlbares Wohnen ist in beiden Ländern eine zentrale soziale Frage, auch wenn sich die Wohnungsmärkte und die Herausforderungen unterscheiden.

In Berlin trifft die hohe Belastung auf einen seit Jahren angespannten Wohnungsmarkt. Besonders schwierig ist die Situation für Menschen, die eine neue Wohnung benötigen: Die Berliner Angebotsmiete lag 2023 durchschnittlich 95,4 Prozent über der Miete bestehender Mietverhältnisse, das geht aus dem Wohnraumbedarfsbericht 2025 der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen hervor. Wer heute eine Wohnung sucht, muss damit im Durchschnitt fast doppelt so viel Miete stemmen. Ein notwendiger Umzug, etwa nach einer Trennung, bei Familienzuwachs, wegen Pflegebedarfs oder auf der Suche nach einer barrierefreien Wohnung, wird so für viele Menschen unbezahlbar.

"Die Wohnraumknappheit und die damit verbundene Mietpreisexplosion treffen Menschen in vulnerablen Lebensumständen besonders hart. Dazu gehören unter anderem Menschen mit Behinderungen, Senior*innen, Familien und Haushalte mit geringem Einkommen. Wir brauchen endlich eine Trendwende im Wohnungsbau, verbunden mit zielgerichteter sozialer Entlastung. Ein essenzieller Beitrag muss die Aufstockung sozialer Fördermittel sein, um gezielt den Menschen zu helfen, die gesellschaftliche

Unterstützung am meisten brauchen.“ Armin Dötsch, Sprecher des Landesvorstandes

Auch die Menschen in Brandenburg bekommen den wachsenden Wohnkostendruck zu spüren. Neben Potsdam betrifft es vor allem das Berliner Umland: Zwischen 2013 und 2022 sind die Angebotsmieten um mehr als 60 Prozent gestiegen, das hat der Wohnungsmarkt-beobachtungsbericht und Wohnungspolitischer Kompass Brandenburg 2025 gezeigt. Doch Brandenburg umfasst ländliche Räume mit sehr unterschiedlichen Bedingungen. Gerade dort entscheidet nicht allein die Miethöhe über soziale Teilhabe. Auch Energiekosten, lange Wege und ein nicht immer bedarfsgerechter oder barrierefreier Wohnungsbestand bereiten schwere Probleme. Wohnungs-, Infrastruktur- und Mobilitätspolitik müssen daher zusammengedacht werden.

„Die Zahlen sind ein Alarmsignal an die Brandenburger Landesregierung. Im Speckgürtel und in Potsdam wird ein notwendiger Wohnungswechsel zunehmend zum Existenzrisiko. In anderen Teilen Brandenburgs kommen zu den Wohnkosten zusätzliche Belastungen hinzu, wie hohe Mobilitätskosten, ausgedünnte Versorgungsangebote und einen erheblichen Sanierungsbedarf. Die Politik darf nicht länger nur verwalten. Wohnen und eine angemessene Versorgung vor Ort sind kein Luxusgut, sondern Teil der sozialen Daseinsvorsorge.“ Armin Dötsch, Sprecher des Landesvorstandes

Der SoVD Berlin-Brandenburg fordert:

1. Mietsteigerungen und Verdrängung wirksam begrenzen: Berlin und Brandenburg müssen alle landesrechtlichen Möglichkeiten gegen Spekulation, Zweckentfremdung und überhöhte Mieten ausschöpfen.

2. Den sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau verbindlich ausbauen. Um den Bedarf zu decken, muss das Ziel sein, 10.000 zusätzliche geförderte Wohnungen pro Jahr in Berlin zu errichten, als aus der Preisbindung fallen. Die Fördermittel sollen insbesondere den staatlichen, genossenschaftlichen sowie gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zugutekommen.

3. Gute Lebensbedingungen dürfen in Brandenburg keine Frage des Wohnortes sein. Neue und sanierte Wohnungen müssen mit erreichbarer medizinischer Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten, sozialen Einrichtungen und einem verlässlichen öffentlichen Nahverkehr verbunden werden. Die Förderung darf sich nicht auf das

Berliner Umland und Wachstumsstandorte konzentrieren, sondern muss allen Regionen Brandenburgs zugutekommen.

4. Barrierefreiheit verbindlich planen und sichtbar machen. Beide Länder benötigen ein Kataster, das barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen erfasst. Barrierefreiheit muss bei öffentlich geförderten Neubauten verbindlich eingeplant und beim Umbau bestehender Wohnungen angemessen gefördert werden.

Bundesweit zeigt die Civey-Umfrage im Auftrag des SoVD, wie tief hohe Wohnkosten inzwischen in den Alltag eingreifen: 53 Prozent der befragten Mietenden müssen sich in anderen Lebensbereichen stark einschränken, um Miete und Nebenkosten bezahlen zu können. Die bundesweiten Ergebnisse veröffentlichte der Sozialverband Deutschland am 29. Oktober 2026.

Sozialverband Deutschland (SoVD) Landesverband Berlin-Brandenburg e. V.

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) Berlin-Brandenburg ist eine starke Gemeinschaft mit rund 10.000 Mitgliedern aus beiden Bundesländern. Unabhängig von parteipolitischen und weltanschaulichen Interessen ist der SoVD generationsübergreifend für alle Menschen offen und setzt sich für die Rechte sozial benachteiligter Menschen ein.

SoVD Sozialverband Deutschland
Landesverband Berlin-Brandenburg e. V.
Kurfürstenstraße 131
10785 Berlin

Ansprechperson
V.i.S.d.P: Armin Dötsch
Tel.: 0171 1251999
E-Mail: doetsch@sovd-bbg.de
Website: www.sovd-bbg.de